

Emir Tahirovic

[REDACTED]

Bundesrat Ueli Maurer
Generalsekretariat EFD
Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

20. April 2020, [REDACTED]

Petitionsübergabe

Sehr geehrter Herr Maurer

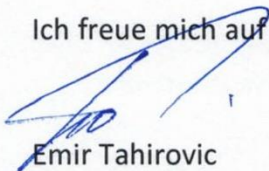
Bei dieser Petitionsübergabe möchte ich mich vor allem bei den Unterscriber der Petition rechtherzlich bedanken. Mit Art. 33 der BV, wollte ich einen klaren Ansatzpunkt stellen, welcher systematisch von der Schweizer Regierung ignoriert wird, der aber dringend nötig ist für den Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus. Die Behörden sollen davon Kenntnis nehmen, selbst den gewalttätigen Extremismus geschützt und unterstützt zu haben. Nach dem ich klare Beweise gebracht habe, arbeiteten Sie mit Personen die vom grössten Islamisten gesteuert werden weiter, warum? Eigentlich Kampf gegen gewalttätigen Extremismusförderer zu verlangen ist absurd, weil so was im Sicherheitssystem einfach existieren müsste, ausser man will absichtlich die Sicherheit der Schweizerbevölkerung untergraben. Wie VBS und Bundesrätin Amherd schon wissen, stellten ich und Herr Bekim Mehmedi das gesamte Projekt mit einer klaren Komplettlösung zu. Keine Ihre Fachstellen haben so was Greifendes. Die Schweizerregierung will aber keine Lösung, sie will den Islamismus und so auch den Terrorismus steuern. Diesen grossen Vorwurf kann ich natürlich beweisen. Grösster Islamist Yusuf al Qaradawi ging zum Grossmufti nach Sarajevo. Ziel des Besuches war, wie Einfluss auf Europa zu nehmen. Die Beweise und Komplettlösung brachten ich und Herr Mehmedi gegen Ende 2018 zu KAPO ZH und Extremismus-Experten Daniele Lenzo, wo im Brief an Herr Lenzo detaillierter erklärt wurde. Er leitete diese Beweise an Bundesrätin Frau Amherd wie sie mir in Ihrem Antwortschreiben an mich bestätigte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt 11. März 2019 wusste die Schweizerregierung von der islamistischen Lenkung, dass der islamistische Einfluss über Hodschas wie Sakib Halilovic und Basri Redzepe erfolgen wird. Hodscha Redzepe lob grössten Islamisten in St. Galler Tagblatt ohne Konsequenzen. Die Staatsanwältin Cornelia Stöckli unternahm absichtlich nichts. Weil das die Schweizerregierung schon lange weiss, handelte sie absichtlich verfassungswidrig und versties gegen Art. 57 der BV nach welchem aber für Sicherheit und Schutz gesorgt werden muss. Solche Hodschas in Bosnien haben duzende Bücher von diesem grössten Islamisten übersetzt und er ist eigentlich ihr Lieblings-Geistlicher. Herr Halilovic hat selber duzende Bücher in seiner Moschee von dem grössten Islamismus- und Terrorismusförderer. Die Schweizerregierung hat von all dem gewusst und die wollen trotzdem über solche Hodschas den Islamismus kontrollieren.

Deutlich zeigt es SRF Moderator Sandro Brotz im Rundschauendung von 16.11.2016, wo Hodscha Sakib Halilovic als Seelsorger präsentiert wird und Regierungsrätin Jacqueline Fehr folgendes sagte: «Wir haben das Problem Islamismus unter Kontrolle,...» Frau Fehr wusste,



dass Herr Halilovic über Grossmufti Kavazovic vom grössten Islamisten gelenkt wird. Islamismus muss bekämpft werden, wenn man ihn nur kontrollieren will, wie es Regierungsrätin Jacqueline Fehr bestätigt, führt das zum Islamismus und gesteuerten Terrorismus und nicht zur Entwicklung neuen Schweizer Islams. Im Beitrag von Saida Keller (https://www.youtube.com/watch?v=wC_rRfhrLo) wird dieses Problem mit Frau Fehr bestätigt, nur sie kam nicht drauf das im Spiel Islamismussteuerung ist. Für Islamismus-Terrorismuslenkung gibt es kein Gesetz und dafür können Sie nicht bestraft werden, aber hier verstösst Schweizerregierung gegen Art. 11, Art. 12 StGB und Art. 57 der BV und setzt Sicherheit aller Schweizerbürger fahrlässig auf Spiel. Nimmt man dazu noch, dass die Erste Glaubensgemeinschaft in der Schweiz, böswillig verhindert und gestört wurde, um Muslime öffentlich über gewalttätigen Organisationen wie Al-Qaida oder gewalttätigen Extremismusförderer wie Bin Laden aufzuklären und so zur Sicherheit und zum Schutz der Schweizer Bevölkerung, dann wird die Steuerung klar. Die Schweizerregierung machte grossen Druck auf Mitglieder unserer Glaubensgemeinschaft, bis manche durchgedreht haben. Unser Mitglied Konvertit Stefan Nef machte wegen dieses Druckes Selbstmord, eigentlich wurde er mindestens zum Selbstmord verleitet, wo Sie gegen Art. 115 des StGB verstossen haben. Er hatte eine Schusswaffe, dass wusste die Gemeinde St. Margrethen und so wusste es auch die Schweizerregierung und all die grossen Köpfe (Bundesräte etc...). Hätte er jemanden erschossen, wäre das ein gesteuerter Terroranschlag, aber den hättet Ihr natürlich uns in die Schuhe geschoben, was eigentlich euer wahrer Plan war. Nicht umsonst kamen zu dieser Zeit viele Bundesräte, Nationalräte und andere Politiker nach St. Margrethen. Wir waren erste Glaubensgemeinschaft die gegen gewalttätigen Extremismus, Islamismus- und Terrorismusförderer öffentlich bekämpft hat. Gemeinde St. Margrethen handelte mehrmals verfassungswidrig gegen die Vereinigungsfreiheit die uns durch Art. 23 der BV garantiert wird. Mindestens dreimal wurde unser Treffpunkt geschlossen, also wurde Art. 23 der BV mindestens dreimal mit Füßen getreten, wo wir den Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und Extremismusförderer organisieren wollten, dies Vorhaben meldeten wir bei der Gemeinde St. Margrethen. Nur aus diesem Grund kamen so grosse Köpfe nach St. Margrethen, um eure Islamismus- und so Terrorismuslenkung zu erhalten und uns zu bekämpfen, weil wir eure Pläne störten. Ihr habt von mir und Herr █████ Mehmedi eine Komplettlösung abgewiesen, genau wegen ihrer Steuerung des gewalttätigen Extremismus. Leider bin ich gezwungen eine Strafanzeige gegen die Schweiz beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Den zu erstatten, um diesen Irrsinn zu beenden.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung und verbleibe mit herzlichen Grüssen



Emir Tahirovic

Kopie:

-
-
-
-
-
-

